



MORNING NEWS 20. Juni 2025

INDEX	SCHLUSS	VERÄNDERUNG net	%	VORTAG	INDEX	SCHLUSS	VERÄNDERUNG net	%	VORTAG
DAX	23.057,38	-260,43	-1,12	23.317,81	DJ 30	Börse	geschl.		
MDAX	29.120,07	-564,25	-1,90	29.684,32	NASDAQ	Börse	geschl.		
TEC DAX	3.752,98	2,63	0,07	3.750,35	Nikkei 225	38.471,26	-17,08	-0,04	38.488,34
Euro Stoxx50	5.197,03	-69,88	-1,33	5.266,91	Hang Seng	23.504,59	266,85	1,15	23.237,74
Bund Future	130,98	0,02	0,02	130,96	Euro / US-\$	1,1527	0,00	0,28	1,1495
Gold in US-\$	3.354,02	-16,88	-0,50	3.370,90	Öl (Brent) US-\$	77,09	-1,76	-2,23	78,85
Bitcoin / US-\$	104.271,18	-25,86	-0,02	104.297,05	Ethereum / US-\$	2.505,36	-2,77	-0,11	2.507,91

Vorbörsliche Indikationen (07:00 Uhr)

INDEX	INDIKATION	ABSOLUTE VERÄNDERUNG (zum Schlusskurs Vortag)
DAX	23.225	+168
NASDAQ Future	21.688,25	-32,00

AKTIE	PARITÄT €	VERÄNDERUNG €	%	SCHLUSSKURS XETRA in €	SCHLUSSKURS NYSE in \$	VOLUMEN NYSE
SAP AG	n/a	n/a	n/a	247,75	n/a	n/a
Nokia OJ	n/a	n/a	n/a	4,41	n/a	n/a

Unternehmenstermine

UNTERNEHMEN	RIC	ANLASS	ZEIT	SCHÄTZUNG
DAX / MDAX		Heute keine wichtigen Unternehmenstermine		
Europäische Unternehmen		Accenture	(08:00 Q3)	

Quelle: Bloomberg/dpa/AFX

Konjunkturtermine

LAND	INDIKATOR	MONAT	UHRZEIT	SCHÄTZUNG
D	Bundesfinanzministerium, Monatsbericht	Juni	00:01	n/a
D	PPI (m/m)	Mai	08:00	-0,3% (-0,6%)
D	PPI (y/y)	Mai	08:00	-1,2% (-0,9%)
EWU	Geldmenge M3 (y/y)	Mai	10:00	4,0% (3,9%)
USA	Philly Fed Index	Juni	14:30	-1,5 (-4,0)
USA	Frühindikator	Mai	16:00	-0,1% (-1,0%)
EWU	Verbrauchervertrauen, vorab	Juni	16:00	-14,9 (-15,2)

Quelle: Bloomberg

Wall Street Schlussbericht

VOLUMEN	GEHANDELTE AKTIEN (in Mrd.)	US-STAATSANLEIHEN	VERÄNDERUNG	RENDITE (Yield)
Volumen NYSE	n/a (1,25)	10-jährige Bonds	Börse	geschl.
Volumen NASDAQ	n/a (7,79)	30-jährige Bonds	Börse	geschl.

()=Vortag

Gestern blieben die US-Börsen aufgrund des Feiertags „Juneteenth“ geschlossen.

Aktienmarkt Asien:

Die Börsen in Asien haben am Freitag wegen der anhaltenden Angst vor einem möglichen US-Angriff auf den Iran und den steigenden Ölpreisen aufgrund des eskalierenden Konflikts um Orientierung gerungen. Die japanische Börse hat am Freitag schwächer tendiert. In Tokio gab der 225 Werte umfassende **Nikkei-Index** 0,1 Prozent auf 38.445,57 Punkte nach und der breiter gefasste **Topix** notierte 0,3 Prozent niedriger bei 2.783,85 Zählern. Die Börse **Shanghai** gewann 0,1

Prozent auf 3.365,91 Stellen. Der Index der wichtigsten Unternehmen in **Shanghai und Shenzhen** stieg um 0,3 Prozent auf 3.853,50 Punkte (Reuters).

US Unternehmen

US-Präsident Donald Trump hat die Frist für einen Verkauf des Kurzvideodienstes **TikTok** trotz eines anderslautenden Gesetzes erneut verlängert. Trump unterzeichnete eine Durchführungsverordnung, mit der er die Frist am Donnerstag um weitere 90 Tage auf den 17. September nach hinten schob (Reuters).

Marktmeldungen

In **Schweden** und **Finnland** bleiben die Börsen heute aufgrund eines **Feiertags** geschlossen.

Die **Steuereinnahmen** von **Bund und Ländern** sind im Mai deutlich weniger stark gestiegen als zuletzt. Sie kletterten im Vergleich zum Vorjahresmonat um 2,6 Prozent auf 62,8 Milliarden Euro, wie aus dem neuen Monatsbericht des Bundesfinanzministeriums hervorgeht, der am Freitag in Berlin veröffentlicht werden soll. In den ersten fünf Monaten zusammen betrug das Plus 8,3 Prozent auf gut 349 Milliarden Euro. Deutliche Zuwächse gab es laut Ministerium im Mai bei der Lohnsteuer und auch der Umsatzsteuer. "Bei der Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge war dagegen erstmals seit Mai 2023 kein erhebliches Plus im Vorjahresvergleich mehr zu verzeichnen." Bei der Lohnsteuer wird im Jahresverlauf mit abnehmenden Zuwachsraten gerechnet. "Einerseits sind im vergangenen Jahr eingetretene tarifliche Lohnerhöhungen zunehmend in der Vergleichsbasis enthalten. Andererseits bleibt die Entwicklung am Arbeitsmarkt derzeit bestenfalls verhalten." Mit Blick auf die Konjunktur hieß es, nach dem überraschend starken Wachstum im ersten Quartal sei im Sommerhalbjahr keine kräftige Dynamik zu erwarten. "Getrübt wird der kurzfristige Ausblick weiterhin vor allem durch die Unsicherheit verbunden mit der internationalen Handelspolitik." (Reuters).

Die anhaltende deutsche Konjunkturschwäche trübt aus Sicht der Berliner **Ratingagentur Scope** die **wirtschaftlichen Aussichten der Euro-Zone**. Laut der *Reuters* vorliegenden aktuellen Prognose wird die Wirtschaft hierzulande nach zwei Rezessionsjahren 2025 noch nicht anspringen. Die Analysten von Scope erwarten für das laufende Jahr "kein Wachstum" und blicken damit weit skeptischer auf die deutsche Konjunktur als noch im Oktober 2024, als sie ein Plus beim Bruttoinlandsprodukt (BIP) von 0,9 Prozent veranschlagten. Die schwache Entwicklung Deutschlands werde das Wachstum der Euro-Zone auf 1,1 Prozent drücken, 0,5 Prozentpunkte unter der Oktober-Prognose: "Spanien und die Volkswirtschaften der Euro-Peripherie – Griechenland, Irland, Portugal – entwickeln sich weiterhin besser als der Rest der Euro-Zone", teilten die Berliner Bonitätswächter weiter mit. Für kommendes Jahr sind die Perspektiven jedoch aufgehellt: Scope erwartet für 2026 eine leichte Erholung im Euro-Raum und ein Plus beim BIP von 1,5 Prozent. In Deutschland soll demnach 2026 ein Wachstum von 1,2 Prozent herauspringen.

Die **Spitzen der EU** wollen mehreren Insidern zufolge bei einem **Gipfeltreffen in Peking** versuchen, mehr **Seltene Erden** und andere strategisch wichtige **Mineralien** für **Europa** zu bekommen. China hat bei diesen nahezu ein Monopol. Seltene Erden würden im Mittelpunkt der europäischen Bemühungen stehen, sagten die Insider der Nachrichtenagentur *Reuters*.

Kanzler Friedrich Merz hat bei **Israels Ministerpräsident** Benjamin Netanjahu für ein **maßvolles und kontrolliertes Vorgehen** im **Iran** geworben. Nach Informationen der Nachrichtenagentur *Reuters* aus Regierungskreisen telefonierte Merz am Mittwochabend mit Netanjahu und versicherte diesem die prinzipielle deutsche Unterstützung für die israelischen Militärschläge etwa gegen iranische Atomanlagen. Man müsse aber auch den diplomatischen Wegen eine Chance geben, habe der Kanzler mit Blick auf die mit den USA abgesprochenen Gespräche europäischer Außenminister mit ihrem iranischen Kollegen am Freitag betont. Merz und Netanjahu sprachen zudem über die **Lage im Gazastreifen**. Hier fordert die Bundesregierung seit längerem eine bessere Versorgung der Zivilbevölkerung.

US-Präsident Donald Trump will nach offiziellen Angaben **innerhalb von zwei Wochen entscheiden**, ob sich die **USA** in den **Konflikt zwischen Israel und dem Iran** einschalten. Es gebe eine "erhebliche Chance auf Verhandlungen" mit dem Iran, zitierte Trumps Sprecherin Karoline Leavitt vor Journalisten aus einer Erklärung des Präsidenten. Diese könnten "in

naher Zukunft stattfinden oder auch nicht". Daher werde er "innerhalb der nächsten zwei Wochen meine Entscheidung treffen, ob ich einschreite (engl. "to go") oder nicht". Trump wolle zwar eine diplomatische Lösung, sagte Leavitt. Seine oberste Priorität sei aber, dass der Iran keine Atomwaffen erhalten dürfe (Reuters).

US-Außenminister Marco Rubio hat am Donnerstag (Ortszeit) den **britischen Außenminister** David Lammy sowie die **australische Außenministerin** Penny Wong, den **französischen Außenminister** Jean-Noel Barrot und den **italienischen Außenminister** Antonio Tajani jeweils zu Einzelgesprächen getroffen, um den **Konflikt zwischen Israel und dem Iran** zu besprechen. Wie das US-Außenministerium mitteilte, sind sich Rubio und die Außenminister einig gewesen, dass der Iran niemals eine Atomwaffe entwickeln oder erwerben soll (Reuters).

Hochrangige Vertreter des **Irans** und der **USA** haben Insidern zufolge seit Beginn des israelisch-iranischen Konflikts mehrfach **direkte Gespräche** geführt. Wie die Nachrichtenagentur *Reuters* von drei Diplomaten erfuhr, haben der US-Sondergesandte Steve Witkoff und der iranische Außenminister Abbas Araghtschi telefoniert. Ziel sei es, eine diplomatische Lösung der Krise zu finden. Den Diplomaten zufolge sagte Araghtschi, sein Land werde nicht zu Verhandlungen zurückkehren, solange Israel die Angriffe nicht einstelle. Nach Angaben der Insider wurde auch kurz ein Vorschlag der USA von Ende Mai erörtert zur Einrichtung eines regionalen Konsortiums. Dieses soll Uran außerhalb des Iran anreichern. Der Iran hat den Vorschlag bislang abgelehnt.

Israels Ministerpräsident Benjamin Netanjahu zufolge ist ein Wechsel oder Sturz der **iranischen Führung** kein Ziel israelischer Angriffe, könnte jedoch eine Folge davon sein. "Die Frage eines Regimewechsels oder des Sturzes dieses Regimes ist zuallererst eine Angelegenheit des iranischen Volkes", sagt Netanjahu dem TV-Sender Kan. "Deshalb habe ich es nicht als Ziel formuliert. Es könnte ein Ergebnis sein, aber es ist kein erklärtes oder formelles Ziel, das wir haben." Israel habe zudem die Fähigkeit, alle **Atomanlagen des Iran** zu zerstören, unabhängig davon, ob sich die USA an den Angriffen beteiligen oder nicht, fügt Netanjahu hinzu. Experten haben dagegen erklärt, dass dazu besondere bunkerbrechende Waffen der USA nötig sein würden (Reuters).

Israel hat nach Angaben von Ministerpräsident Benjamin Netanjahu etwa die Hälfte aller **iranischer Raketenabschussrampen** getroffen. Es sei nicht so wichtig, über wie viele Raketen der Iran verfüge, sondern wie viele Abschussrampen das Land habe, sagte der Regierungschef am Abend dem israelischen TV-Sender Kan. "Ich glaube, wir haben bereits die Hälfte der Raketenabschussrampen, die sie haben, erreicht", erklärte Netanjahu (dpa/AFX).

Bei einem **iranischen Raketenangriff** auf Israel am Morgen ist dem israelischen Militär zufolge die Stadt **Beerscheba** im Süden des Landes getroffen worden. Mindestens ein Geschoss sei in der Nähe von Wohnhäusern, Bürogebäuden und Industrieanlagen eingeschlagen, teilt die Armee mit. Bei mindestens einem Wohnkomplex sei die Fassade abgerissen worden. Sanitätern zufolge wurden mindestens sechs Menschen leicht verletzt. Es werde aber in den Wohnungen noch nach weiteren Verletzten gesucht (Reuters).

Israels Außenminister Gideon Saar schreibt auf X, in **Tel Aviv** sei eine **Granate auf die Residenz des norwegischen Botschafters** geworfen worden. In Oslo teilt das norwegische Außenministerium mit, in der Residenz hab es eine Explosion gegeben. "Kein Botschaftsmitarbeiter wurde bei dem Vorfall verletzt", heißt es in einer per E-Mail versandten Erklärung, die keine Angaben zur Ursache der Explosion enthielt. Die israelische Polizei erklärt, es sei "leichter Sachschaden" entstanden. Eine Untersuchung sei eingeleitet worden (Reuters).

Israels Präsident Jitzchak Herzog lobt **Bundeskanzler** Friedrich Merz. "Ich lobe Friedrich Merz für seine **moralische Klarheit und seine klare Stimme**, denn er sagt die Wahrheit. Wir verteidigen Europa, wir verteidigen die Vereinigten Staaten", sagt Herzog der *"Bild"* laut Vorabbericht des Blatts. "Bild" zufolge bezieht sich Herzog auf Merz' Aussage, wonach Israel mit den Militärschlägen gegen den Iran die "Drecksarbeit" für den Westen erledige.

Die **Dominanz des Dollar** im **globalen Währungssystem** wird aus Sicht des **Top-Ökonomen** Kenneth Rogoff auf lange Sicht deutlich schwinden. Auf die Frage, ob die derzeitige Vormachtstellung der US-Währung etwa bei Devisenreserven und internationaler Schulddenominierung im Jahr 2050 noch bestehen werde, antwortete der Harvard -Professor am

Donnerstag in einem Interview mit UniCredit mit den Worten: "absolut nicht". Er fügte hinzu: "China löst sich schrittweise vom Dollar, und das wird auch andere Länder beeinflussen." Sie würden vielleicht nicht an die chinesische Währung koppeln, aber weniger stark an den Dollar, erklärte Rogoff. Dies sei bereits bei den Währungsreserven zu beobachten, deren Dollar-Anteil seit etwa zehn Jahren sinke (Reuters).

US-Präsident Donald Trump hat nach der jüngsten Zinspause eine weitere verbale Breitseite gegen den **Notenbankchef** abgefeuert. In einem Beitrag auf seiner Online-Plattform Truth Social teilte Trump am Donnerstag mit: "Jerome Powell kostet unser Land Hunderte von Milliarden Dollar ... Wir sollten 2,5 Punkte niedriger liegen" (Reuters).

Vietnam und die **Vereinigten Staaten** haben am Donnerstagabend eine Online-Verhandlungsrunde über ein neues **Handelsabkommen** abgehalten. "Die Verhandlungsrunde wurde in einer offenen, freundlichen und konstruktiven Weise geführt", teilte das vietnamesische Ministerium für Industrie und Handel am Freitag mit. Während der Verhandlungen mit dem US-Handelsminister Howard Lutnick und dem Handelsbeauftragten Jamieson Greer habe der vietnamesische Handelsminister Nguyen Hong Dien die USA um eine Überprüfung der gegenseitigen Zölle und des Marktzugangs für die wichtigsten vietnamesischen Exporte gebeten (Reuters).

China hat die **Leitzinsen** am Freitag wie erwartet unverändert gelassen. Der einjährige Leitzins (LPR) wurde bei 3,00 Prozent belassen, während der fünfjährige LPR unverändert bei 3,50 Prozent blieb (Reuters).

Japans Kerninflation hat im Mai mit 3,7 Prozent die höchste Jahresrate seit mehr als zwei Jahren erreicht. Wie aus Regierungsdaten hervorging, lag der Anstieg des Kernverbraucherpreisindex (CPI), der die volatilen Kosten für frische Lebensmittel ausschließt, über der mittleren Marktprognose von 3,6 Prozent und folgte auf einen Anstieg von 3,5 Prozent im April. Dies war der schnellste jährliche Anstieg seit 4,2 Prozent im Januar 2023. Ein separater Index, bei dem die Auswirkungen der volatilen Kosten für frische Lebensmittel und Kraftstoffe herausgerechnet werden und der von der Bank of Japan (BOJ) als besserer Indikator für nachfragebedingte Preisbewegungen genau beobachtet wird, stieg im Mai um 3,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr, nachdem er im April um 3,0 Prozent gestiegen war. Dies war der schnellste Anstieg im Jahresvergleich seit Januar 2024, als der Index um 3,5 Prozent gestiegen war (Reuters).

Immobilien

Lettland verbietet mit Verweis auf **Sicherheitsbedenken russischen und belarussischen Staatsbürgern** den **Erwerb von Immobilien** in dem baltischen EU- und Nato-Land. Das Parlament in Riga billigte ein entsprechendes Gesetz, das auch für juristische Personen wie Aktiengesellschaften oder eingetragene Vereine mit Sitz in den beiden Nachbarländern gilt. Begründet wurde die Regelung mit dem hybriden Krieg, den Russland parallel zum Krieg in der Ukraine gegen andere demokratische und souveräne Staaten führe, die Kiew in dessen Abwehrkampf unterstützen (dpa/AFX).

Industrie

Die Pläne für eine **klimafreundliche Stahlproduktion in Deutschland** haben durch die Absage eines wichtigen Projekts von **ArcelorMittal** einen schweren Dämpfer erhalten. Der Konzern teilte am Donnerstag mit, milliardenschwere Projekte für die Flachstahlwerke in Bremen und Eisenhüttenstadt nicht weiter zu verfolgen. Der Bund wollte diese mit 1,3 Milliarden Euro fördern. ArcelorMittal habe die Bundesregierung über die Entscheidung informiert, dass der Konzern auf Grund der Marktsituation und der fehlenden Wirtschaftlichkeit einer CO₂-reduzierten Stahlproduktion die Investitionen nicht weiterführen könne (Reuters).

Die **Thyssenkrupp**-Wasserstoff-Tochter **Nucera** will den Ausbau ihres Portfolios an grüner Wasserstofftechnologie vorantreiben und hat eigenen Angaben zufolge Schlüsseltechnologien sowie einen Teststandort des dänischen Unternehmens **Green Hydrogen Systems** (GHS) erworben. Wie das Unternehmen am frühen Freitagmorgen mitteilte, wurde eine entsprechende Vereinbarung zum Erwerb wesentlicher Technologie-Assets von GHS, einem Unternehmen mit Schwerpunkt auf Hochdruck-Elektrolyse, bereits unterzeichnet. "Mit dieser Akquisition bekräftigen wir unser Engagement für die grüne Energiewende und stärken gezielt unsere technologische Spitzenposition im Bereich



STEUBING AG
WERTPAPIERHANDELSBANK

Wasserstofftechnologien", so Dr. Werner Ponikwar, Vorstandsvorsitzender von Thyssenkrupp Nucera, in einer Erklärung des Unternehmens. Die Akquisition umfasse geistiges Eigentum sowie ein Testzentrum mit einem funktionsfähigen Prototypen am Standort Skive in Dänemark. Die Kaufpreiszahlung sei vollständig aus liquiden Mitteln erfolgt, über die Höhe des Kaufpreises habe man Vertraulichkeit vereinbart (Reuters).



STEU BING AG
WERTPAPIERHANDELSBANK



FAROS Private Markets Database

Die kostenlose Datenbank für institutionelle Investoren

privatemarkets.faros-consulting.de

Kontakt

Steubing AG
Goethestraße 29
60313 Frankfurt a. M.
T +49 69 29716 0
F +49 69 29716 111
info@steubing.com
www.steubing.com

Morning News

Alexander Dietzer
T +49 69 29716 149
alexander.dietzer@steubing.com

Institutionelle Kundenbetreuung

Michael Heidn
T +49 69 29716 131
michael.heidn@steubing.com

Wolfgang Schroth
T +49 69 29716 144
wolfgang.schroth@steubing.com

Haftungsausschuss

Die beigelegten Presseauszüge spiegeln Informationen und Meinungen der jeweiligen Analysten und Redaktionen wider. Neben den Presseauszügen enthält dieses Dokument Informationen, die durch die Steubing AG erarbeitet wurden. Obwohl die Steubing AG sämtliche Angaben und Quellen für verlässlich hält, kann für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der enthaltenen Informationen keine Haftung übernommen werden. Insbesondere wird für Irrtum und versehentliche unrichtige Wiedergabe, insbesondere in Bezug auf Kurse und andere Zahlenangaben, jegliche Haftung ausgeschlossen. Die Steubing AG übernimmt keine Verpflichtung zur Richtigstellung etwa unzutreffender, unvollständiger oder überholter Informationen.

Dieses Dokument dient lediglich der Information. Auf keinen Fall enthält es Angebote, Aufforderungen oder Empfehlungen zum Kauf oder Verkauf von Wertpapieren oder anderen Finanzinstrumenten. Die in diesem Dokument enthaltenen Informationen stellen keine „Finanzanalyse“ im Sinne des Wertpapierhandelsgesetzes dar und genügen auch nicht den gesetzlichen Anforderungen zur Gewährleistung der Unvoreingenommenheit der Finanzanalyse und unterliegen keinem Verbot des Handels vor der Veröffentlichung von Finanzanalysen. Sie können insbesondere von den von Steubing AG veröffentlichten Analysen von Finanzinstrumenten und ihrer Emittenten (Research) abweichen. Bevor Sie eine Anlageentscheidung treffen, sollten Sie Ihren Anlageberater konsultieren.

Die Informationen in diesem Dokument richten sich ausschließlich an institutionelle Investoren und professionelle Marktteilnehmer; es ist nicht für die Verbreitung an Privatpersonen geeignet. Dieses Dokument ist entsprechend des deutschen Aufsichtsrechts erstellt worden und wird von der Steubing AG nach Maßgabe dieser Vorschriften übermittelt. Ausländische Rechtsordnungen können die Verbreitung dieses Dokuments beschränken. Eine Weitergabe oder Verbreitung dieses Dokuments ist daher nur nach vorheriger ausdrücklicher Zustimmung der Steubing AG gestattet.

Die Steubing AG, die dieses Dokument verbreitet, unterliegt der Aufsicht durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht in Deutschland.

© Steubing AG. Alle Rechte vorbehalten.

Zuständige Aufsichtsbehörde

Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin)
Graurheindorferstraße 108
D-53117 Bonn

und

Marie-Curie-Str. 24-28
D-60439 Frankfurt

